



## Plan B: Wie wir verhinderten, dass ihr die Welt verändert

Von Margaret Thatcher, 2048

Wenn ich so zurückblicke über die letzten 30 Jahre, ich muss sagen, Sie können mir gratulieren. Es war keineswegs selbstverständlich, dass wir es geschafft haben, unsere Linie seit 2018 konsequent weiter durchzuhalten. Eigentlich waren die meisten Leute in dieser ganzen Zeit gegen uns, gegen unsere Politik, aber wir haben uns dennoch durchgesetzt. Zugegebenermaßen, unsere Gegner haben es uns leicht gemacht. Aber dennoch, es ist ein Kunststück, aus einer klaren Minderheitenposition immer die Richtung der Politik zu bestimmen, und dabei formal die Mechanismen einer Demokratie beizubehalten.

Die Welt im Jahr 2048 sieht so aus, wie es in Ihrer Zeit niemand haben wollte. Aber wenn man es hätte anders haben wollen, hätte man an den Trends, an den Entwicklungslinien etwas ändern müssen, an den Grundprämissen der Politik, vor allem der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Aber für eine andere Politik gab es nie Mehrheiten, es gab ab und zu Mehrheiten *gegen* etwas, aber nie *für* eine wirklich andere Politik. Wir konnten also so weitermachen, wie Sie es 2018 erleben, obwohl außer uns schon damals die meisten diese Politik nicht mehr wollten. Machtpolitisch haben wir bewiesen: unsere Politik ist alternativlos.

Der Markt bestimmt alles

Die Marktlogik hat sich in allen Lebensbereichen durchgesetzt. Die EU ist ein neoliberales Wunderland geworden, die soziale Marktwirtschaft wie sie die Älteren unter Ihnen noch kannten ist längst Geschichte und in Ansätzen nur noch in den reichen Regionen Nordwesteuropas vorhanden. Wir haben den Unternehmen freie Hand gelassen, nach den massiven Steuersenkungen in den 20er Jahren in den USA, in Kanada, in Japan, haben wir in der EU die Unternehmenssteuern immer weiter abgesenkt, wir hatten keine andere Wahl, heute sind sie praktisch bei Null. Wir haben weiter dereguliert, die staatliche Steuerungsfähigkeit gegenüber der Wirtschaft existiert eigentlich gar nicht mehr, weil wir sie eben auch nicht regulieren wollen. Wir glauben an den schlanken Staat. Wir haben umfassend dereguliert, für jede neue Regulierung mussten zwei alte weg. Viele haben applaudiert, als wir das unter dem Postulat von Freiheit und Entbürokratisierung verkauft haben. Mit einem pseudowissenschaftlichen Bewertungssystem unterdrücken wir erfolgreich jede politische Debatte über Regulierung, das Vorsorgeprinzip wurde europaweit 2027 als freiwillige Empfehlung eingestuft. Der Niedriglohnsektor ist die Regel, Tarifverträge sind ausserhalb des öffentlichen Dienstes schon lange unbekannt. Wir müssen ja wettbewerbsfähig bleiben. Der Markt regiert, Ihre damalige Kanzlerin hat das ja so schön als „marktkonforme Demokratie“

bezeichnet, im Grund ein Widerspruch in sich, aber das wollten Sie ja damals alle nicht wahrhaben.

Die wirtschafts- und finanzpolitischen Spielräume der Politik haben wir durch EU- und Handelsverträge weitgehend beschränkt. Zentrale Kernfragen der Politik wurden somit dauerhaft dem demokratischen, politischen Zugriff entzogen: der Neoliberalismus hat faktisch Verfassungsrang. Eigentlich ist es sogar noch mehr: eine Verfassung können Sie mit 2/3-Mehrheit ändern, von der EU geschlossene Handelsverträge dagegen nur im Konsens aller EU-Regierungen, also praktisch gar nicht. Wählen Sie was Sie wollen, den Neoliberalismus, den Primat des Marktes können Sie nicht abwählen.

Die Ungleichheit hat inzwischen Werte erreicht wie in Brasilien. Mies bezahlte Wanderarbeiter aus den ärmeren Regionen des Kontinents halten den reichen Nordwesten in Betrieb. In weiten Teilen sind Süd- und Osteuropa deindustrialisiert. Ärzte oder Krankenhäuser gibt es dort schon lange nicht mehr, das Personal ist dahin abgewandert wo es besser bezahlt wird, in den reichen Nordwesten. Die Regionalfördertöpfe der EU haben wir längst abgeschafft, die reichen Länder wollten nichts mehr einzahlen. Eine Maßnahme zur Korruptionsbekämpfung nannten wir diese Abschaffung, stimmte ja auch. In Süd- und Osteuropa hat sich eine Subsistenzökonomie ausgebreitet – diese Leute sagen, sie seien nicht jenseits der Real-Ökonomie, sie seien die Realökonomie. In Berlin und Brüssel nehmen wir das natürlich nicht ernst, aber gut – so revoltieren sie wenigstens nicht, sondern sie sind beschäftigt. Die klügeren Köpfe sind jahrzehntelang nach Nordwesteuropa abgewandert, Litauen zum Beispiel hat heute nur noch 1 Mio Einwohner, vor 50 Jahren waren es noch 3. In diesen ökonomisch uninteressanten Regionen wurde auch die Staatsgewalt weitgehend wegrationalisiert, sie war uns einfach viel zu teuer. Was es zu schützen gibt, erledigen private Sicherheitsdienste. Wie die öffentliche Ordnung im Alltagsleben der Menschen aussieht in den Weiten Andalusiens, der Slowakei oder Kalabriens, darum können sie sich selber kümmern. Der schlanke Staat ist das Leitbild – die schwarze Null ist oberste Staatsdoktrin.

Natürlich haben sich die Spannungen – die schon zu Ihrer Zeit enorm waren – deshalb weiter verschärft. Eigentlich ist es erstaunlich, dass der alte Euro, den Sie kennen, bis 2028 gehalten hat. Die Deutschen haben sich die Rettung dieses Euros einiges kosten lassen, niemand profitierte davon so wie sie. Der Euro gab den Deutschen eine künstlich unterbewertete Währung, er war die Grundlage ihrer gewaltigen Exportüberschüsse. Aber den Totalbankrott der süd- und osteuropäischen Euroländer konnten sie irgendwann nicht mehr verhindern, das Korsett dieser Währung hat die erdrückt. 30 Jahre stagnierende Reallöhne, stagnierende Produktivität, das hält niemand aus.

Die Digitalisierung hat die Arbeitswelt verändert und die vernetzten Arbeitsplattformen ermöglichen eine zeit- und ortlose Zusammenarbeit. Die hohen Lebenshaltungskosten in der Stadt zwingen aber viele Berufstätige zu ständigen Zweit- und Drittjobs im Dienstleistungssektor. Die Individualisierung wird durch die Anforderungen des Arbeitsalltags noch verstärkt. Sowohl die prekären Arbeitsverhältnisse am Existenzminimum als auch die erfolgreichen Karriereorientierungen in den neuen Dienstleistungen sind vom Arbeitspensum, Komplexitätsdruck und Flexibilisierungserwartungen eher familienuntauglich. Eheschließungen und dauerhafte Partnerschaften sind eher die Ausnahme und eine mögliche Elternschaft verlagert sich in die späteren Berufsjahre. Mit der Verschiebung der Elternschaft in höhere Lebensalter erweitern sich die Phasen von experimentellen Lebens- und Wohnformen. Neben den Alleinwohnenden hat sich das gemeinschaftliche Wohnen von mehreren Erwachsenen zur häufigsten Wohnform entwickelt.

Wirtschaftlich gesehen hat von dieser Entwicklung nur ein kleiner Teil profitiert, aber der dafür richtig. Anleger sind im längst zum Normalzustand gewordenen Nullwachstum darauf angewiesen, dass wesentliche Teile der Bevölkerung nur dafür arbeiten, Rendite für diese Anleger zu erwirtschaften, was aber die Ungleichheit ständig erhöht. Wir wissen, dass das theoretisch irgendwann nicht mehr geht, und Kleinanleger wissen zwar, dass die Großanleger sie irgendwann auffressen werden, wenn es bei denjenigen ohne Kapitalbesitz nichts mehr zu holen gibt. Aber sie verdrängen es und solange das noch ein wenig dauert, sind die Kleinanleger verlässliche Verbündete für eine Shareholder-Value-orientierte Politik. Ideologie ist oft stärker als materielle Interessen. In einem sind sich Arme und Reiche ähnlich: sie können einer Politik, einer Ideologie hinterherlaufen, die gegen ihre materiellen Interessen geht.

Die meisten Menschen sind wütend, unzufrieden, die Gesellschaften sind so ungleich und tief gespalten wie in Entwicklungsländern. Ich habe nie verstanden, warum das irgendwem wundert: wenn Sie ein halbes Jahrhundert lang den Reichen und den Unternehmen die Steuern senken und den Sozialstaat abbauen, Lohndrückerei für unverzichtbar für unsere globale Wettbewerbsfähigkeit erklären - da kann doch gar nichts anderes herauskommen. Natürlich, ab und zu haben wir so tun müssen, als ginge es wieder in die andere Richtung, zum Beispiel 2027 mit den Abkommen gegen Steueroasen. Die hatten ihre großen Zeiten schon damals längst hinter sich: wenn Sie eigentlich gar keine Steuern mehr zahlen müssen, brauchen Sie ja auch keine Steueroasen mehr, oder?

#### Ökokatastrophen - alles halb so wild

Natürlich sind die von Ihnen damals vorhergesagten Ökokatastrophen eingetreten, wenn auch nicht so dramatisch wie von Ihnen damals an die Wand gemalt. Die Menschheit gewöhnt sich an vieles, auch an ein Leben mit höherem Meeresspiegel und massenhaft aussterbenden Arten. Wir haben die Nordseeküste mit hohen Dämmen geschützt, die Ostsee mit einem Damm abgeriegelt - aber die Niederländer mussten die Hälfte ihres Landes aufgeben. Viele Niederländer sind jetzt zu Ihnen nach Deutschland gekommen. Schwimmende Städte sind ein Renner geworden. Wir haben ein wenig Geoengineering gemacht, gebracht hat es nichts, auch wenn einige Leute mit diesen Experimenten viel Geld gemacht haben. Die berühmten Ökosystemdienstleistungen der Biodiversität, der Wälder und so weiter - sowas kann man auch technisch darstellen, zudem viel verlässlicher, jedenfalls für diejenigen die es sich leisten können. Die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch fand zwar statt, aber zu wenig und zu langsam, um die Klimaerwärmung und das Sterben der Arten aufzuhalten. Ein Perpetuum mobile gibt es nun mal nicht. Unsere Geschäftsmodelle waren uns am Ende eben wichtiger als die Klimastabilisierung und die Rettung irgendwelcher Insekten.

Die Landwirtschaft kam in den 2020er Jahren streckenweise wirklich an ihre Grenzen. Die Ökosysteme änderten sich schneller als wir mit der Forschung hinterherkamen. Inzwischen haben wir die Kurve wohl gekriegt. Unsere hochtechnisierte, von wenigen Konzernen kontrollierte Agrarindustrie findet überwiegend in riesigen mehrstöckigen Produktionshallen statt, mit genau dosierter Zufuhr von Wasser, Licht, Wärme und Nährstoffen. Da wird nichts dem Zufall oder gar dem Wetter überlassen. Schädlinge kommen da nicht mehr rein, genetisch optimiert sind die Pflanzen alle auch, da brauchen wir weder Pestizide noch Bienen noch Gülle und all diese anderen Probleme, Bio-Ökonomie nennen wir das. Wir simulieren die Jahreszeiten, sodass wir immer regionale Saisonware haben. Weil wir so alles überall anbauen können, haben wir auch keinen Bedarf mehr, Nahrungsmittel quer durch die Welt zu transportieren. Alles regional, saisonal, und Bio - so wollten Sie es doch? Vor allem sozial

ausgewogen – statt der überteuerten Bio-Waren für die Reichen von früher gibt es jetzt gutes Essen preiswert für alle. Genetisch optimiertes Fleisch aus Zellkulturen ganz ohne Tiere hat sich durchgesetzt, es ist unschlagbar günstig und kommt ohne Skandale aus. Tierhaltung gibt es deshalb auch praktisch nicht mehr – die Veganer sind am Ziel. Die Schickeria macht noch ein wenig urban gardening, aber die Flächen dafür sind knapp. Das fällt mehr unter die Kategorie Hobby.

Manche von Ihnen trauern ja noch den Bauern nach, aber die sind genauso Geschichte wie die Kohlebergleute. Allem Hype der urbanen Foodies zum Trotz – niemand von denen wollte selber Bauer werden, das war zu viel Arbeit und zu wenig Geld, und dann auch noch draußen auf dem Lande, wo doch alle anderen in die Städte wollten. Deshalb konnte es gar nicht anders kommen. Aber das ist positiv, denken Sie an die riesigen früheren Agrarflächen aus denen heute aride Trockensteppen oder Heidelandschaften geworden sind, das ist fast schon Natur pur, wenn auch vollgestellt mit Wind- und Solarparks. Irgendwoher muss der Strom ja kommen.

### Fassaden-Demokratie

Der neoliberale Traum, die Entmachtung des Staates, ist erfüllt. Weil es demokratisch nichts mehr zu entscheiden gibt, ist auch die Form der Demokratie nur noch eine Fassade. Es gibt Wahlen, es gibt eine Regierung, es gibt den Bundestag. Ja, es wurden sogar Elemente direkter Demokratie eingeführt. Doch die Institutionen sind nur noch Hüllen. Die wichtigen politischen Entscheidungen fallen woanders, in Expertenrunden und Kommissionen, die weitgehend frei von demokratischer Kontrolle sind. Bevor ein Gesetz ausgearbeitet wird, gibt es verschiedene Gremien, in denen Unternehmensvertreter formelle Mitsprache- und Vetorechte haben. Die eigentlichen Beratungen finden hier statt, weil sich auf allen Ebenen Multistakeholder-Governance-Modelle der Kooperation durchgesetzt haben. Das Getöse in den Parlamenten hat damit nichts zu tun.

Populisten aller Art, über die Sie sich damals 2018 so ereifert haben, die sind längst Normalzustand geworden – aber wer von denen gewinnt, spielt keine große Rolle. Sie kommen und gehen, sie haben aber kein kohärentes politisches Programm. Es gibt immer mal wieder Begeisterung für einige populäre Kandidaten und Politiker – die werden dann gefeiert wie Popstars, gleich welche politischen Positionen sie vertreten, und bald fallen sie in Ungnade, der nächste bitte. Parteien kennen wir schon lange nicht mehr. Aber eigentlich sind diese Populisten ganz harmlos und unterhaltsam. Sie kommen sowieso meist aus der Wirtschaftselite: wer kann sich schon noch ein solch aufwändigen Wahlkampf leisten? Wer von denen eine Wahl gewinnt, zieht ein grandioses Spektakel ab, füllt sich die Taschen und macht schon bald das, was wir wollen, bis der Nächste kommt, denn wirtschaftsfreundlich wollen sie alle sein, vor allem aber sind sie alle käuflich. Wer nicht rechtzeitig auf Linie kommt, wird diskreditiert – unsere Trolle in den sozialen Medien sind da wirklich sehr gut. Das weiß das Volk auch, die Wahlbeteiligungen liegen heute unter 20%. Politisch engagiert sind nicht mehr viele, die Jüngeren wissen kaum noch, was politischer Protest und Engagement überhaupt ist. Ihnen fehlen auch die Schlüsselmomente, in denen sie sich als politische Akteure erlebt haben.

### Geopolitische Rivalitäten

Das einzige, was zugegebenermaßen nicht geklappt hat, ist die Geopolitik. Der Markt herrscht, der schlanke Staat reguliert nichts mehr – aber auf internationaler Ebene wollen die Regierungen einfach nicht so recht abtreten und dem Markt das Spielfeld überlassen. Das internationale System hat sich in eine multipolare Ordnung transformiert, die WTO ist 2028 ins

endgültige Koma versunken, auch in der UN passiert eigentlich nichts mehr. China ist Supermacht und hat die USA ökonomisch überholt. Indien ist der Dritte im Bunde. Auch Russland hat dank eines strategischen Bündnisses mit China und seiner riesigen Rohstoffvorräte nach wie vor Weltmachtstatus. Unterhalb dieser Ebene hat sich eine Riege von machtpolitischen Subzentren gebildet, die von Großmachtambitionen angetrieben jeweils ihre eigene Agenda verfolgen und die Instabilität des internationalen Systems erhöhen.

Der Multilateralismus funktioniert kaum noch, außer wenn es Symbolpolitik ist, so wie mit dem Abkommen gegen Steueroasen. Da gab es beispielweise noch das UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten, das nach 15 Jahren NGO-Kampagnen 2030 endlich in Kraft gesetzt wurde. Seine Bestimmungen gelten allerdings nur, wenn sie kein Handelshemmnis sind. Schön, dass die NGOs immer wieder so viel Energie auf zahnlöse Tiger setzen, das kommt uns sehr zupass.

Gegen uns hatten Sie keine Chance

Sie, die progressive Zivilgesellschaft, haben ja schon vor 30 Jahren erkannt, dass es so kommen würde, wenn sich an den damaligen Trends nichts ändert. Sie wussten es. Wir auch. Aber etwas dagegen zu tun, mit dieser Dimension der Probleme, mit der schieren Größe und Komplexität der zu bewältigenden Schwierigkeiten, damit waren Sie überfordert. Die Stabilität des kapitalistischen Systems auch in schweren Krisen und die Sachzwänge und Pfadabhängigkeiten, die es hervorbringt, haben Sie bis heute nicht verstanden. Manche glauben ja bis heute, der Finanzkapitalismus selbst könnte Motor der ökologischen Wende sein. Seine innerste Triebkraft, die Jagd nach dem Maximalprofit, und die ewig renditehungrigen Investoren müssten nur in die richtige Richtung gelenkt werden. Dann würde seine Dynamik schon in den Dienst nachhaltiger Entwicklung treten.

Es gab durchaus auch bei uns eine Reihe Leute, die der Meinung waren, man könne die Uhr ein wenig zurückdrehen, wieder ein wenig „soziale Marktwirtschaft“ machen, den neoliberal deregulierten Kapitalismus wieder ein wenig soweit regulieren, dass die Klimakatastrophe und das Artensterben nicht gar so schlimm werden. Aber das waren entweder alte Milliardäre, denen es egal war, ob sie ein, zwei Milliarden opfern, oder naive junge Politiker, die ernsthaft glaubten, sie könnten der Wirtschaft noch gegen ihren Willen Regulierungen aufzwingen, von denen jede Menge Geschäftsmodelle negativ betroffen gewesen wären. Sie scheiterten, weil sie zu sehr ihren eigenen Illusionen von win-win glaubten, aber immerhin, sie versuchten es. Bei den gewaltigen Veränderungen, die man dafür hätte machen müssen, kann es nicht nur Gewinner geben, sondern unvermeidlich auch Verlierer, und die muss man politisch bezwingen. Schade, aber so ist es eben.

Bei Ihnen haben ja die meisten auch geglaubt, wir würden ein Einsehen haben und ihre tollen ausgearbeiteten Konzepte übernehmen, weil Sie ja peinlichst darauf achteten, dass wir bei ein wenig gutem Willen mitmachen könnten. Hätten Sie die ökologischen und die sozialen Desaster der letzten 30 Jahre wirklich hätten aufhalten oder gar zurückdrängen wollen, hätten Sie aber die Macht- und Systemfrage stellen müssen. Das wollten die wenigsten von Ihnen, wenngleich es langsam mehr wurden. Die meisten von Ihnen wollten ein wenig klimafreundlicheren Neoliberalismus, oder einen Neoliberalismus mit Frauen in Führungspositionen. Bitteschön. So blieben Sie, die sogenannte Zivilgesellschaft, doch ein stabilisierender Faktor. Auch Sie hatten bei einem Zusammenbruch unseres Systems mehr zu verlieren als zu gewinnen, Sie gehören ja schließlich auch zu den Besserverdienern.

Anschlussfähig an die Bedürfnisse normaler Menschen, vor allem derjenigen, die unzufrieden mit dem status quo sind, waren Sie nie. Diese Leute aber hätten Sie mobilisieren und

organisieren müssen, um etwas zu ändern. Stattdessen haben Sie nur die Zufriedenen angesprochen, aber die wollen nichts Wesentliches ändern, nie. Sie hätten den Unzufriedenen wenigstens das Gefühl geben können, sie tun was für die, auch wenn es gar nicht stimmt, aber nicht einmal das haben Sie getan. Was machen Alleinerziehende, Arbeitslose, Niedrigverdienerinnen, Schmalspurrentner und Durchschnittsfamilien in den teuren Metropolen? Miete, Strom, Heizung, Fahrten zur Arbeit sowie der Bedarf an Kleidung und allerlei Gerät sind für immer mehr Leute kaum noch bezahlbar. Vom Einkommenswachstum sind die meisten Menschen schon seit Jahren abgekoppelt. Wie sollten sie den Sinn Ihrer Wachstumskritik entdecken, wenn „Befreiung vom Überfluss“ nur wie eine Selbsterkenntnis verwöhnter Milieus klingt? Bei diesen Leuten gibt es zurecht kein Vertrauen mehr, dass die Politik oder auch Ihre Organisationen irgendetwas in ihrem Sinn entscheiden würden.

Wir haben den Shareholder Value zum Betriebssystem der Menschheit gemacht

Kennzeichen einer modernen Demokratie ist es, die Bandbreite der zulässigen und legitimen Diskursthemen zu beschränken, insbesondere wenn es um Wirtschafts- und Finanzfragen geht, innerhalb dieser Bandbreite aber den Diskurs möglichst lebhaft und kontrovers zu halten. Man muss dafür sorgen, dass es ständig irgendwas zu diskutieren gibt, und zwar kontrovers. Unser gesamtes politisches Personal hat immer irgendwas zu sagen, und weil es politisches Personal ist, glauben alle, das sei deshalb wichtig. So merkt kaum jemand, dass wir eine gesteuerte Demokratie haben, deren zentrale politische Grundlinien „alternativlos“ sind.

Sie sind nicht nur „alternativlos“, weil wir das so wollen, sondern wir haben auch durch die Globalisierung dafür gesorgt, dass sich zentrale Bereiche der Wirtschafts- und Finanzpolitik der demokratischen Regulierung oder demokratischen Reform entziehen konnten. Nicht einmal Unternehmensvorstände, die „nachhaltiger“ werden wollten, hatten dafür Spielräume. Unternehmensvorstände, die die Prioritäten anders setzen wollten, wurden von den Aktionären schnell gefeuert, die großen Investmentfonds kannten da kein Pardon. An ihren Renditen hing einfach zu viel – wenn die Pensionsfonds weniger Rendite bekommen hätten, hätten Millionen Pensionäre das sofort gespürt. Am Shareholder Value hängt nicht nur eine Ideologie, wir haben sie zum Betriebssystem der Menschheit gemacht. »WIR – Welt Intelligent Regiert«, hat es mal jemand genannt.

Sie haben diese brutale Wahrheit nicht erkannt, weil sie sie nicht erkennen wollten. Sie appellierten an uns, statt herauszufordern. Sie glaubten, Sie könnten im Konsens die Welt verändern – als ob es das jemals gegeben hätte. Nur im Konflikt können Sie die Welt verändern. Bestes Beispiel war Ihr unerschütterlicher Glaube an den Multilateralismus – die sicherste Garantie dafür, dass nichts passiert – statt darauf zu setzen, in denjenigen Ländern, in denen es möglich gewesen wäre, voranzugehen und unser globales Shareholder Value-System anzugreifen. Hätten wir mit unserer neoliberalen Politik darauf gewartet, dass alle Staaten im Konsens sich darauf einigen, hätten wir auch nichts erreicht, aber wir machen solche Fehler nicht. Wir verstehen nämlich wie Machtpolitik funktioniert. Wir haben polarisiert, wir haben zugespitzt. Wir haben Regeln und Verträge auch mal gebrochen, wenn wir sie anders nicht loswerden konnten – für Sie ist sowas ja bis heute ein Sakrileg.

Dass Sie so vielen Illusionen hinterhergelaufen sind, lag natürlich auch an uns. Schon die alten Römer wussten, wie das geht: Teile und herrsche. Divide et impera. Eigentlich wirklich nichts neues, aber es funktioniert heute wie damals. Wir haben es allerdings perfektioniert. Wir haben dafür gesorgt, dass der größte Teil der Bevölkerung und die akademischen Gutmenschen in den Verbänden einfach nie zusammenkamen, andere Sorgen und Themen hatten, sich immer mehr misstrauten – sogar zunehmend eine andere Sprache sprachen. Mit Ihrer politisch korrekten Sprache sind Sie für Normalmenschen doch kaum noch verständlich.

Für das Volk sind Sie ein Teil der Elite, und vielen von Ihnen glauben das ja bis heute selbst. Mit der Angst vor den Faschisten und Populisten rechtfertigen wir alles, vor allem Ex-Linke und Grüne sind heute die Gralshüter dieses autoritären Liberalismus. Niemand hat so viel Angst vor und Verachtung für die dumpfen Emotionen des Volkes wie die. Die Rechtspopulisten sind stets präsent und für uns sehr wichtig. Wären sie nicht von alleine entstanden, wir hätten sie erfinden müssen. Sie sind ein Blitzableiter für Frustrierte, und ein Dauer-Beschäftigungsprogramm für potenzielle Oppositionelle: Rechte und Linkliberale halten sich gegenseitig für die Todfeinde, und damit sind sie beschäftigt. Gut für uns. Aus dem breit vorhandenen Willen zur Veränderung eine kollektive, auch politisch relevante Kraft zu formen, haben wir so verhindert – und Sie haben es nicht einmal gemerkt. Das perfekte „Teile und herrsche“.

Möglich war das alles, weil die „progressive Zivilgesellschaft“, also Leute wie Sie, sich bis 2035 nicht um die ökonomischen und sozialen Fragen gekümmert hat, sie vor allen Dingen auch nicht verstanden haben. Die großen Hebel der Wirtschafts- und Finanzpolitik blieben Ihnen ein Buch, oder auch eine Webseite mit 7 Siegeln. Freigiebige Milliardäre, sogenannte Philanthropen, haben Sie bejubelt, ihr Geld genommen, statt sie als Teil des Problems zu sehen. Sie haben von solidarischer Ökonomie geträumt, von Postwachstumsökonomie geträumt. Statt die Machtfrage oder die Verteilungsfrage zu stellen, und in die offene Konfrontation mit uns zu gehen, haben Sie lieber mit den Neoliberalen gemeinsame Sache für kulturellen Liberalismus gemacht statt uns, die Marktfundamentalisten, die Neoliberalen als Gegner zu betrachten.

Das Prekariat, die Loser unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik, die durften keine politisch wirksame Stimme bekommen, das haben wir gut hingekriegt, gemeinsam mit den Intellektuellen. Für diese schöne Situation gab es leider ein biologisches Verfallsdatum: die führenden Köpfe dieser Geisteshaltung schieden in den 2030er Jahren altersbedingt nach und nach aus dem öffentlichen Leben aus. Seit etwa 2035 versuchen immer mehr Menschen, das anders zu machen, aber sie sind bisher nicht sehr weit gekommen. Sie wollen die Menschen für ein Projekt einigen – wir schaffen es immer noch, dass sie uneinig bleiben. Für uns eine Herausforderung, in der Tat: Regieren war für uns einfacher zu Ihrer Zeit. Wenn Sie dauerhaft gegen eine zersplitterte Mehrheit anregieren müssen, regiert es sich anders als wenn die Mehrheit auf Ihrer Seite steht, so wie das vor 50 Jahren war. Aber es geht – auch und gerade in einer Demokratie, einer formalen Demokratie – weil diejenigen, die gegen Sie sind, eben auch keine legitimierte Mehrheit haben. Da zeigt sich, wer das Geschäft des Machiavellismus beherrscht und wer nicht. Sie müssen polarisieren, sonst siegt der status quo. Die Welt verändern immer nur Minderheiten, die irgendwann eine Mehrheit mitziehen. Ihnen fehlte der Wille zum Sieg, uns nicht. Sie wollten den Kompromiss mit uns, wir nicht. Teile und herrsche.

Wir haben uns die Kontrolle über den öffentlichen Diskurs nicht entreißen lassen

Schon 1987 habe ich gesagt, es gibt keine »Gesellschaft«. Auch dafür haben wir gesorgt. Öffentliche Debatten laufen heute im Wesentlichen über die Digitalplattformen – dort allerdings auch nur in bestimmten Blasen und Echokammern. Eine gemeinsame Öffentlichkeit, also das was Sie »Gesellschaft« nennen, gibt es nicht mehr. Die klassischen Medien gibt es eigentlich nicht mehr, weil man mit ihnen kein Geld mehr verdienen kann, und das gebührenfinanzierten Fernsehen haben wir abgeschafft, weil es niemanden mehr interessierte. Früher haben viele kritische Menschen, soziale Bewegungen und so weiter, das Internet genutzt, um Debatten anzustoßen und für Proteste zu mobilisieren. Heute ist das sehr, sehr teuer geworden – das liegt an den Algorithmen der Plattformen, aber auch an der Konkurrenz durch die vielen Botschaften großer Konzerne und Lobbygruppen. Für irgendwas

zu mobilisieren, zu organisieren, ist für schwächere Akteure sehr viel schwieriger geworden, für finanzstarke Akteure dafür leichter. Mit unseren Kampagnen, die auf künstlicher Intelligenz, BOTs, riesigen Datenmengen, psychologischen Tricks und aufwändig gestaltetem Design beruhen, können wir die öffentliche Meinung sehr weit steuern. Leute wie Sie lassen sich so einfach auf irrelevante Diskussionen lenken, Sie leben doch längst in ihrer eigenen Parallelwelt. Wir haben die Daten und Technologien, um zielgerichtetes Campaigning über das Internet und andere Technologien zu führen. Die Wahlbotschaften werden – ähnlich wie Werbebotschaften – nach Zielgruppe ganz genau ausgewählt. Teilweise sind sie gegensätzlich, doch das merkt kaum jemand, das ist schließlich nicht transparent.

Sie haben es dagegen nicht geschafft, wirkungsmächtige eigene Kanäle aufzubauen. 2024 gab es die Initiativen, mit einem Bündnis aus NGOs gemeinsam aus Facebook, Instagram, Whatsapp und Co. auszusteigen und eine eigene Plattform zu nutzen. Aber da war zu viel Skepsis und zu wenig gemeinsames Handeln. Das ist dann irgendwie im Sande verlaufen. So konnten Sie auch die Wahlrechtsreform 2025 und die Einführung der direkten Demokratie nicht gegen uns nutzen, viele von Ihnen nutzten lediglich die Gelegenheit, selbst Abgeordnete zu werden.

Die sozialen Medien mussten wir natürlich schärfer regulieren und auch manipulieren, das wäre sonst zu gefährlich geworden. Wenn Sie die Kontrolle über den öffentlichen Diskurs verlieren, haben Sie keine Chance mehr. China wies den Weg, und das haben wir natürlich unauffällig kopiert. Die Tech-Giganten haben sich mehrfach aufgespalten, fusioniert und so weiter, das sah alles ganz chaotisch aus, aber im wesentlichen wurden sie in welcher Konstellation auch immer von denselben Fonds, denselben Eignern kontrolliert. Die Beiträge auf den social media und sonstigen Messengerdiensten werden inzwischen fast vollautomatisch gescreent und kontrolliert, da ist nicht mehr viel Potenzial für grassroots-Mobilisierung möglich, die wir nicht mitbekommen und gegensteuern können. Im Gegenteil, die vollautomatische Überwachung ist ganz einfach geworden, seit alle und alles immer online ist. Ein staatliches Sozialpunktesystem wie in China haben wir nicht eingeführt, aber alle wesentlichen Konzerne machen es, und das ist viel wichtiger.

Natürlich waren wir so in der Lage, wie mit einem Frühwarnsystem zu erkennen, wenn sich etwas zusammenbraut hat. Das haben wir meist auch zugelassen. Wir sind ja eine Demokratie. Aber wir haben aufgepasst, dass aus solchen Mobilisierungen nicht dauerhafte Organisation entsteht.

Dass Sie das nicht hingekriegt haben, lag natürlich auch an uns. Wir wissen eben, dass man Studenten möglichst beschäftigt halten muss, damit sie möglichst keine Freizeit haben, in der sie auf dumme Gedanken kommen. Dasselbe gilt für das Prekariat: sie dürfen sich nie langweilen, sie müssen mit dem Überleben beschäftigt sein. Zeitverträge und prekäre Beschäftigungsverhältnisse erreichen genau diesen Effekt. So verhinderten wir das, was eine funktionierende Demokratie auch unbedingt braucht – nämlich das aktive Engagement vieler Menschen. Doch das gibt es kaum noch. Und wo soll es auch herkommen? Früher wurde ja in den Schulen noch Politik unterrichtet. Heute gibt es stattdessen Wirtschaftsunterricht. Schulkassen werden schon früh in die Wettbewerbslogik eingeführt und auf Selbstvermarktung hin erzogen. Das ist spürbar in der gesamten Zivilgesellschaft, bei der nur noch wenige junge Leute mitmachen. Auch die enorme soziale Spaltung der Gesellschaft führt dazu, dass wenige sich wohl fühlen und die Politik beherrschen, während der Rest abgehängt ist. Früher hat so etwas ja mal zu Protesten, Aufständen oder ganz früher sogar zu Revolutionen geführt. Doch heute werden diese Abgehängten mit Bespaßung abgelenkt, Internetsucht ist zu einem der größten sozialen Probleme geworden. Früher hieß es

Politikverdrossenheit – heute haben wir es eher mit völliger Vereinzelung, Passivität und Apathie zu tun.

Sie sehen, wir sitzen fest im Sattel. Und wenn Sie mich nun fragen, ob wir auch weiterhin so weitermachen wollen – ich sage Ihnen, wir machen solange so weiter, wie wir können. Solange, wie Sie uns lassen.

